

INFRASTRUKTUR #1

FAKTENBLATT

MEHR INVESTITIONEN IN DIE ZUKUNFT

Die Corona-Pandemie hat Deutschland schwer getroffen. Sie hat aber auch gezeigt, wie wichtig ein handlungsfähiger Staat ist, der die Wirtschaft stützt und die Bevölkerung schützt. Gleichzeitig wurden aber auch die Folgen des öffentlichen Sparkurses der letzten drei Jahrzehnte in vielen Bereichen sichtbar. Das betraf besonders das Gesundheits- und Bildungswesen oder die Versorgung mit schnellem Internet.

Ein gutes Lebensumfeld

Schon vor Corona gehörte eine marode Infrastruktur für die Menschen zum Alltag: kaputte Straßen, sanierungsbedürftige Schulen und Schwimmbäder, fehlende Lehrkräfte und Funklöcher außerhalb von Ballungszentren. Um die Wirtschaft aber zukunftsfest zu gestalten, Konjunktur und Arbeitsmarkt zu stabilisieren und überall gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen, ist eine funktionsfähige und moderne Infrastruktur unerlässlich. Viele Menschen sind unzufrieden, denn gerade in weniger dicht besiedelten Räumen wird das Wegfallen von öffentlichem Personennahverkehr, Schulen oder Freizeiteinrichtungen oft als Kernproblem wahrgenommen (Grafik). Corona hat die Situation vielerorts verschärft.

Mehr Staat wagen

Ungeachtet der wirtschaftlichen Vollbremsung durch die Pandemie schreiten Strukturbrüche durch den technologischen Wandel, Globalisierungsprozesse und durch den Klimaschutz weiter voran. Sie wurden teilweise sogar beschleunigt. Nachhaltige öffentliche Investitionen und eine aktive Industriepolitik treiben neue Entwicklungen voran und schaffen notwendige Grundlagen für den gerechten Strukturwandel. Ein aktives Eingreifen des Staates durch öffentliche Investitionen und verlässliche Rahmenbedingungen regen auch private Investitionen an. Das Konjunkturprogramm beinhaltet zwar wichtige Maßnahmen, ersetzt jedoch kein ambitioniertes öffentliches Investitionsprogramm. Ohne ein solches wird Deutschland im internationalen Wettbewerb um Wertschöpfungsketten und gute Arbeitsplätze abgehängt und das Erreichen der Klimaziele rückt in weite Ferne.

Mehr Personal im öffentlichen Dienst

Investitionen in den öffentlichen Dienst sind unerlässlich, denn sie machen Investitionen in unsere Infrastruktur erst wirksam. Eine gute personelle und finanzielle Ausstattung ist Grundlage für die staatliche Funktions- und Leistungsfähigkeit.

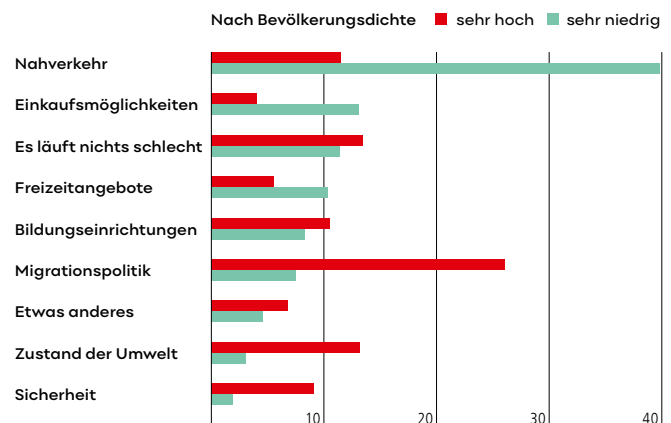
Ab 2008 gab es in einzelnen Arbeitsbereichen zwar einen leichten Personalzuwachs, aber vielerorts wird noch immer auf Kante genäht. Der DGB-Personalreport Öffentlicher Dienst verdeutlicht die massive Arbeitsbelastung der Beschäftigten, etwa in Gesundheits-, Bau- und Ordnungsämtern, Kitas und Schulen. Die Altersabgänge der kommenden Jahre verschärfen die Situation sogar noch. Deshalb muss der Nachwuchsgewinnung höchste Priorität zukommen.

Der DGB fordert

- ein ambitioniertes und langfristiges öffentliches Investitionsprogramm
- eine aktive Industrie-, Dienstleistungs- und Strukturpolitik
- einen gezielten Personalaufbau in Bund, Ländern und Kommunen.

Zum DGB-Schwerpunkt „Schwarze Null, Schuldenbremse und Investitionen“: <https://www.dgb.de/-/mXH>

WENN SIE AN IHR LEBENSUMFELD DENKEN, WAS WÜRDEN SIE SAGEN, WELCHER BEREICH LÄUFT AN IHREM WOHNORT SCHLECHT? (Einmalnennung, 5.018 Befragte)



Studie: www.progressives-zentrum.org/die-verlassenen/

